

DIE LINKE

Dr. Jutta Zwaschka, Stadträtin

Haushaltsrede Gemeinderat Ostfildern, den 13.11.2019

Sehr geehrter und sehr geehrte
Herr Oberbürgermeister Bolay,
Frau Bürgermeisterin Bader,
Herr Bürgermeister Lechner,
sowie Damen und Herren,

DIE LINKE möchte sich für die umfassende Ausarbeitung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2020 bei allen Beteiligten bedanken.

Die steigenden Grundstücks- und Wohnungspreise führen zu wachsender Unzufriedenheit sowie großen Sorgen in der Bevölkerung. Das gefährdet den sozialen Frieden in unserer Stadt, denn viele Einwohner* leben nicht in eigenen Luxus-Immobilien, sondern oft in teuren Mietwohnungen oder haben sich Wohnungseigentum gekauft, wobei sie hohe Kredite aufnehmen mussten.

Es ist ungerecht, wenn Haushalte mit niedrigerem Einkommen bei Doppelverdienern ein Gehalt allein für die Miete oder das Zahlen der Kreditraten verwenden müssen.

Der soziale Wohnungsnotstand erfordert ein kommunales Eingreifen mit der Beteiligung vieler lokaler Akteure, damit gemeinsam eine soziale Bodenpolitik erfolgen kann. Diese Akteure sollen als sachkundige Einwohner regelmäßig an Ausschüssen des Gemeinderats teilnehmen.

Die räumliche Entwicklung darf nicht zu einer sozialen Ghettoisierung der Einwohner in zentrumsnahe, gut ausgestattete Wohnungen für Besserverdienende und einer Abwanderung der Geringverdienenden und mittlerweile sogar Mittelverdienenden ins städtische Umland führen.

Die Stadtverwaltung muss angesichts der gravierenden Klimaproblematik vermehrt auf die mikroklimatischen Folgen einer Bebauung in horizontaler Weise durch Bodenversiegelung und vertikaler Weise durch das Blockieren von Frischluftschneisen achten und diese abmildern.

Kleingartenkolonien und Streuobstwiesen bedürfen ebenfalls des besonderen Schutzes, die Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten in Baugebiete muss völlig tabu sein.

Zu den Gründen für die beachtliche Preissteigerung städtischen Bodens zählen vor allem eine erhöhte Nachfrage durch "Anlage in Betongold" als auch ein zunehmendes Interesse aus spekulativen Gründen von nationalen sowie internationalen Interessenten, die als Privatperson oder Organisation in Erscheinung treten.

Hier stecken wachsende profitorientierte Interessen dahinter, da die Rendite auf herkömmliche Kapitalanlagemöglichkeiten drastisch gesunken ist, worüber die Anleger wie z. Bsp. Versicherungen und Stiftungen bestens Bescheid wissen.

Das ist also der Grund, warum aktuell vermehrt Wohnraum zum spekulativen Betätigungsfeld geworden ist.

Die Stadtverwaltung Ostfildern soll, um diesem Missstand entgegenzuwirken, ein Planungskonzept entwickeln, um den städtischen sozialen Wohnungsbau voranzubringen.

Auch das Land Baden-Württemberg gehört in die Pflicht genommen, indem es der Stadt Ostfildern geeignete Grundstücke, verbilligt mit der Zweckbindung für sozialen Wohnungsbau, zur Verfügung stellt.

Das Ziel ist, für Ostfildern einen eigenen Fond an Baugrundstücken zu errichten, der langfristig in städtischer Hand bleiben und nicht an private Investoren verkauft werden soll. Dies gelingt am besten über den Erbbaurechtsvertrag als Nutzungsart, der privatrechtlich nach Bedarf ausgestaltet werden kann.

Zusätzlich wird die Einführung eines örtlichen Leerstandkatasters gefordert, um auch gegen Zweckentfremdungen vorgehen zu können.

Die erstmalige Inanspruchnahme von Freiflächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist deutlich zu vermindern, im Vordergrund muss die Nachverdichtung sowie die verbesserte Ausnutzung der Verkehrsflächen stehen. Ausgleichsmaßnahmen sind strikt durchzuführen und durch ein städtisches Monitoring zu evaluieren, insbesondere im Hinblick auf Biotopverbindungen und Hochwasserschutz.

Der Gemeinderat hat sich für die kostengünstige Einführung eines Stadttickets für drei Euro täglich im Stadtgebiet für Einzelpersonen entschieden.

DIE LINKE fordert darüber hinaus ein Sozialticket zum Preis von einem Euro.

Gleichzeitig muss der Radverkehr attraktiver werden, er ist gesundheitsfördernd, kostengünstig und für viele Menschen wichtig. In der heutigen Zeit kommt man mit dem Fahrrad auf kurzen Strecken sogar schneller als mit dem Auto voran.

Die dafür erforderliche Infrastruktur ist vergleichsweise kostengünstig und nebenbei nehmen dadurch Lärmemissionen ab.

Auch die Fußgänger müssen stärker berücksichtigt werden, z. Bsp. in topographisch schwierigen Lagen wie Scharnhausen müssen auf dem Weg zwischen Ortsmitte im Tal und Wohngebieten auf der Höhe - z. Bsp. dem Neubaugebiet "Ob der Halde" - vermehrt Sitzbänke aufgestellt werden, um beim steilen Aufstieg eine Pause einlegen zu können. Das betrifft alle, von den Schulkindern bis zu den Senioren.

DIE LINKE beantragt:

1. Die Anzahl der Gemeinderäte bei der nächsten Kommunalwahl von 26 auf 32 zu erhöhen.
Mittlerweile haben wir ca. 40.000 Einwohner, eine Vielzahl an Nationalitäten und Lebensentwürfen, die spiegelbildlich im Gemeinderat vertreten sein sollen.
2. Bei der Vergabe von städtischen Auftragsarbeiten sollen ausschließlich solche Betriebe den Zuschlag erhalten, die ihre Beschäftigten nach geltendem Tarifvertrag entlohnen.
3. Ein kostenfreies Mittagessen für alle Schüler.
4. Die Benutzungsgebühren für Kindertageseinrichtungen sind um 50% zu senken, denn wir sind im Vergleich zu Stuttgart einfach zu teuer. Andererseits wollen wir aber für Familien mit Kindern attraktiv sein.
Das geht nur, wenn sich die Erwerbstätigkeit vor allem der Mütter auch finanziell rentiert. Das letzte Jahr vor Schulbeginn in der Kita muss für alle beitragsfrei sein.
5. Die Einführung eines Sozialtickets für einen Euro.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*** Wegen der besseren Lesbarkeit wurde ausschließlich die maskuline Form verwendet, es werden aber Personen jeglichen Geschlechts angesprochen.**